

Innenausschuss befasst sich mit Ereignissen beim DFB-Pokalspiel in Mannheim und Drohnenflügen im Südwesten

29.9.2026 - | Landtag Baden-Württemberg

Stuttgart. Der Innenausschuss des Landtags hat sich in seiner Sitzung am Mittwoch, 23. September 2026, mit den gewalttätigen Ereignissen beim DFB-Pokalspiel zwischen dem SV Waldhof Mannheim und dem 1. FC Kaiserslautern und den Folgen im Zusammenhang mit den Stadionallianzen befasst. Dazu berichtete Innenminister Manuel Hagel (CDU) in der Sitzung mündlich über die Ausschreitungen und vereinbarte Maßnahmen, um solche Vorkommnisse künftig zu verhindern. „Im Namen aller Abgeordneten möchte ich den eingesetzten Polizistinnen und Polizisten sehr für ihren Einsatz danken“, sagte der Ausschussvorsitzende Dr. Bastian Schneider (CDU). Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss mit Straftaten im Zusammenhang mit Drohnenflügen in Baden-Württemberg.

Nach Angaben des Vorsitzenden habe der Innenminister zunächst die Ereignisse des Abends zusammengefasst. Bei dem Pokalspiel sei es zu einem massiven Abbrennen von Pyrotechnik, etwa einer mittleren dreistelligen Zahl an Pyro-Gegenständen, gekommen. Es seien auch Raketen in Zuschauerbereiche geschossen worden, in denen sich Familien mit Kindern befunden hätten. Pyrotechnik sei gezielt als Waffe eingesetzt worden. Stuhlreihen seien herausgerissen und in Richtung Spielfeld geworfen sowie Polizisten mit Pyrotechnik attackiert worden. Trauriger Höhepunkt sei der Platzsturm gewesen, der einen massiven Einsatz der Polizei erfordert habe.

Insgesamt seien rund 1.400 Beamte der Polizei aus Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und der Bundespolizei im Einsatz gewesen. 43 Beamte seien verletzt worden, unter anderem durch Atemwegsreizungen, Prellungen und leichte Verbrennungen. Sechs Personen seien festgenommen und 24 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, fasste Dr. Schneider die Ausführungen des Ministers zusammen.

Der Vorsitzende berichtete weiter, dass Innenminister Hagel die Ausschreitungen als Schande für unsere Fußballclubs bezeichnet habe. Die gewalttätigen Ereignisse seien verachtenswert und bei einem Fußballspiel völlig unakzeptabel. Wer Sicherheit und Unversehrtheit von Menschen gefährde, sei kein Fan, sondern ein Krimineller. Es sei nur dem Zufall geschuldet, dass es zu keinen noch schlimmeren Verletzungen gekommen sei. Hagel habe erläutert, dass er kurz nach dem Skandalspiel die Spitzen der baden-württembergischen Proficlubs eingeladen habe, um die sehr erfolgreichen Stadionallianzen weiterzuentwickeln und weitere Maßnahmen für Hochrisikospiele zu vereinbaren, damit sich solche Szenen in Stadien im Südwesten nicht wiederholten. Zu dem 10-Punkte-Aktionsplan zählten unter anderem verbesserte Einlasskontrollen, ein strengeres Akkreditierungsmanagement für Dienstleister und der Einsatz modernster Technik. Dazu gehöre auch, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, dass Vorfälle wie in Mannheim finanzielle Folgen hätten und Bußgelder verhängt werden könnten.

Wie Dr. Bastian Schneider weiter von den Ausführungen des Ministers berichtete, sei die Pyrotechnik über unterschiedliche Wege ins Stadion gelangt. Zum Beispiel über Dienstleister, die die Gegenstände schon Wochen vor dem Spiel ins Stadion geschmuggelt hätten. Außerdem habe Sicherheitspersonal teilweise gar nicht oder nur unzureichend kontrolliert, auch aus Angst vor Ultras und anderen Gruppen. Zudem seien Einlasskontrollstellen von Besuchern des Spiels einfach überrannt worden.

Darüber hinaus beriet das Gremium auf Antrag der SPD-Fraktion über Drohnenflüge in Baden-Württemberg. Nach Angaben des Innenministeriums seien im Jahr 2024 28 und im Jahr 2025 36 Straftaten mit Drohnen erfasst worden. Die Aufklärungsquote habe 2024 und 2025 bei 53,6 bzw. 47,2 Prozent gelegen. Den Großteil der Straftaten im Zusammenhang mit Drohnen hätten Verletzungen des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen dargestellt. Darüber hinaus würden Drohnenflüge auch andere Deliktsbereiche betreffen, darunter Bedrohung, Stalking, Hausfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Luft- und den Straßenverkehr, Sachbeschädigung oder Handeltreiben mit Cannabis. Für das Jahr 2026 seien lediglich Trendaussagen auf Basis der Monate Januar bis Juni möglich. Demnach zeichne sich für das Jahr 2026 ein Anstieg der Drohnen-Straftaten in Baden-Württemberg ab.

Auf die Fragen des Antragstellers habe das Ministerium geantwortet, dass sich die Polizei in Baden-Württemberg seit Jahren intensiv mit der Detektion und Abwehr von Drohnen beschäftige. Sie sei in diesem Bereich gut aufgestellt und verfüge über verschiedene Einsatzmittel zur Detektion und Abwehr. Vor dem Hintergrund der rasanten technischen Weiterentwicklung seien weitere Investitionen sinnvoll und regelmäßig erforderlich, um die guten Fähigkeiten weiter auszubauen. Im Nachtragshaushalt 2025/2026 seien deshalb vom Haushaltsgesetzgeber zusätzliche Mittel in Höhe von vier Millionen Euro für den Bereich Polizeieinsatzdrohne und Drohnendetektion und -abwehr aufgenommen worden. Auf die Frage nach möglicherweise unklaren Zuständigkeiten habe Innenminister Hagel geantwortet, dass die Zuständigkeiten klar geregelt seien. Die Polizei in Baden-Württemberg habe bereits jetzt die Möglichkeit, auf Grundlage der geltenden polizeirechtlichen Regelungen Drohnen zu detektieren bzw. gegen Drohnen vorzugehen, wenn von diesen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehe, berichtete der Vorsitzende Dr. Schneider.

<https://www.landtag-bw.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/innenausschuss-befasst-sich-mit-ereignissen-beim-dfb-pokalspiel-in-mannheim-und-drohnenfluegen-im-suedwesten-657120>